

CHEFETAGE

Wir leben mit der täglichen Desinformation

Bernd Zieseimer



Vor gut einem Vierteljahrhundert setzten sich sechs junge Journalisten zusammen, um unter der Führung ihres Lehrherrn Wolf Schneider ein kritisches Buch über ihr eigenes Gewerbe zu schreiben. Es trug den Titel „Unsere tägliche Desinformation“ und beschäftigte sich mit der Frage, wie uns die Massenmedien gewollt oder ungewollt in die Irre führen. Gleich zwei Kapitel gingen der Frage nach, warum sich Journalisten immer wieder für Pseudoereignisse einspannen lassen. Und am Schluss ihres Buches forderten die Autoren ihre Standesgenossen auf, bloße politische Inszenierungen nicht mit wirklichen gesellschaftlichen Bewegungen zu verwechseln.

Leider war der Appell der jungen Journalisten, zu denen damals auch der Autor dieser Zeilen zählte, weitestgehend vergeblich. Den Beweis dafür lieferte an diesem Wochenende die mediale Behandlung der so genannten „Occupy-Frankfurt-Bewegung“. Wenige Tausend Demonstranten, darunter die üblichen Verdächtigen von Attac und der Linken, forderten auf Protestkundgebungen in einigen großen Städten die Entmachtung und Verstaatlichung der Banken. Das kann man für

Ein paar Tausend Jugendliche demonstrieren gegen die Banken – und wir tun so, als sei das wirklich wichtig. Ein Beispiel dafür, wie die Medien heute funktionieren – leider.

wichtig halten oder auch nicht. Aber rechtfertigt es das übergroße Interesse, das vor allem im Fernsehen zu beobachten war? Schon vor den eigentlichen Demonstrationen durfte sich ein Sprecher der Organisation in verschiedenen Talkshows und Nachrichtensendungen mit seinen eher simplen Thesen produzieren – und so quasi kostenlos für seine Zwecke die öffentlich-rechtliche Werbetrömel rühren. Und nach den Demonstrationen folgten dann natürlich ausführliche Berichte auf allen Sendern. Die Medien sinken so, ob sie es wollen oder nicht, auf das Niveau einer bloßen Verstärkerfunktion für kleine Gruppen ohne eigene Basis herab.

Und die wohlmeinenden Unterstützer der Demonstranten erst recht. Zu ihnen gesellte

sich am Wochenende beispielsweise DGB-Chef Michael Sommer. Er warf den „skrupellosen Investmentbanken“ vor, „ohne jede demokratische Legitimation“ unsere Gesellschaft zu spalten. Ähnlich äußerte sich SPD-Chef Sigmar Gabriel. Aber sieht es mit der demokratischen Legitimation solcher Anti-Banken-Bewegungen besser aus? Darauf verschwendet kaum jemand einen Gedanken.

Eigentlich ist es zum Heulen: Die Berichte aus dem Bundestag laufen selbst bei wichtigen Debatten nur noch im Kurznachrichtenblock. Und das Europaparlament, das in der jetzigen Finanzkrise eine immer wichtigere Rolle spielt, schafft es in der Regel überhaupt nicht in die Hauptnachrichten. Aber man muss nur ein paar Hundert Gleichgesinnte aus der linken Szene über Facebook zusammentrommeln, und schon kann man sich im Fernsehen produzieren.

„Wir werden nicht richtig informiert. Wir leben mit der täglichen Desinformation“, schrieben die jungen Journalisten 1984. So ist es auch heute.

Der Autor ist Publizist und war lange Jahre Chefredakteur des Handelsblatts. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

DIE MEINUNG UNSERER LESER

Die Politik sollte ihre eigenen Probleme lösen

Zu „Der Gegenspieler“, vom 14.10.2011
Die Kritik von Josef Ackermann an der Politik hat in Teilen ihre Berechtigung. Denn ein glaubwürdiger psychologischer Befreiungsschlag zur Beendigung der Finanzkrise lässt sich weder mit zu langsamen noch zu überhasteten Wendemanövern erreichen, die sich lediglich mit den Symptomen befassen. Schließlich würde eine zwangsverordnete Kapitalzufuhr für europäische Großbanken nichts daran ändern, dass den meisten südeuropäischen Ländern nach wie vor eine Wachstumsstrategie fehlt, um die weitere Anhäufung von Defiziten zu verhindern. Weswegen – auch wenn der Bankensektor mehr denn je reformiert werden muss, da hier immer noch zu viele fiktive und zu wenige reale Werte geschaffen werden – der Fokus besser auf die Politik im mediterranen Raum und deren Außenwirkung gerichtet werden sollte. Zumal, da gerade dieser Tage zum Beispiel von der italienischen Regierung ein neues, auch auf den Ministerpräsidenten zugeschnittenes Mediengesetz vorgestellt wurde, wonach künftig unliebsame Internetseiten zensuriert werden dürfen. Was die Zivilgesellschaft weiter schwächt und kaum das Vertrauen der internationalen Anleger in die Zukunftsfähigkeit des Landes – und damit ebenso des Euros – erhöhen dürfte!

Rasmus Heit

INSIDE SONY ERICSSON

Die beinahe unauflösliche Ehe

Das Gemeinschaftsunternehmen hat keine Zukunft. Aber die Trennung fällt schwer.

Helmut Steuer

Es war einmal ein Handy-Hersteller, der hatte große Ziele: Zu den führenden drei der Welt wollte er gehören, und die Voraussetzungen dafür waren gar nicht so schlecht. Als 2001 der schwedische Telekommunikationsausrüster Ericsson und der japanische Unterhaltungselektronik-Riese Sony ihre Handy-Sparten in das Gemeinschaftsunternehmen Sony Ericsson einbrachten, dachten selbst Experten, dass das gebündelte Know-how so etwas wie eine Erfolgsgarantie sei.

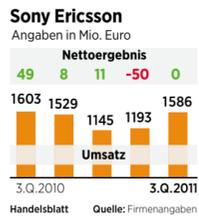
Doch es sollte anders kommen. Zwar konnte Sony Ericsson einige kleine Achtungserfolge auf dem Heimatmarkt Schweden und vor allem in Deutschland erzielen. Ein globaler Erfolg blieb allerdings aus. Zu besten Zeiten kam der japanisch-schwedische Konzern auf einen Weltmarktanteil von rund acht Prozent. Heute kämpft das Unternehmen mit einem Marktanteil von nur noch 1,8 Prozent gegen das Verschwinden.

Seit Jahren wird deshalb mit großer Regelmäßigkeit spekuliert, dass Ericsson seine Hälfte an dem Joint Venture an Sony verkaufen würde. Nachdem Sony Ericsson im dritten Quartal mit einer schwarzen Null beim Nettoergebnis erneut hinter den hochgesteckten Erwartungen zurückgeblieben ist und von einer schwierigen Zukunft spricht, scheint der Zeitpunkt für eine Scheidung der Handy-Ehe nähergerückt zu sein.

Es würde Sinn ergeben: Sony könnte Handys, Tablet-Computer, Spielekonsolen und Fernsehgeräte in ein digitales Gesamtkonzept integrieren. Und die Schweden sind nicht mehr auf eine eigene Produktion angewiesen.

Aber es ist eine Frage des Preises: Ericsson besitzt eines der weltweit größten Patentportefolien im Mobilfunkbereich. Sony wird also vor dem Hintergrund der immer härteren Patentstreitigkeiten sehr tief in die Tasche greifen müssen, um den Ericsson-Anteil übernehmen zu können. Fraglich ist, ob sich Sony das angesichts der eigenen schwierigen Situation leisten kann. Und deshalb ist nicht ausgeschlossen, dass es bei der Devisen bleibt: Und wenn sie nicht gestorben sind, leben sie weiter zusammen.

steuer@handelsblatt.com



EURO-KRISE

Eine Bond-Versicherung ist gut, wenn sie richtig konzipiert wird

Dieser Tage gräbt die Allianz wieder einen alten Vorschlag aus und scheint damit auch Gehör bei den Politikern zu finden. Danach sollen der heutige Rettungsschirm (EFSF) und der künftige Rettungsfonds in ihrer Wirkung hochgehoben werden, indem sie als Versicherer für Staatsanleihen auftreten. Die Hoffnung ist, damit sogar die riesigen Bondmärkte Italiens und Spaniens stabilisieren zu können.

In der Tat scheint eine Bondversicherung ein vielversprechender Weg zu sein. Allerdings nicht so, wie er zurzeit auf Grundlage der Allianzvorschlüsse diskutiert wird. Denn nach diesen Vorschlägen soll der Rettungsschirm für die Investoren die Risiken am oberen Ende der Skala absichern. Besser wäre es hingegen, die unteren Risiken abzuschirmen: Nur so lässt sich ein funktionierender Anleihemarkt erhalten, und nur so bleibt die Gefahr für die Steuerzahler in einem erträglichen Rahmen.

Die obersten Risiken abzuschirmen heißt: Wenn die Kurse auf 70 Prozent sinken, dann ersetzt der Rettungsschirm die obersten 30 Prozent – eventuell auch nur 20 Prozent nach Abzug einer „Eigenbeteiligung“ der Investoren von zehn Prozent. Diese Idee hätte bei Griechenland schon jetzt dazu geführt, dass der Steuerzahler de facto fast alle Risiken übernimmt.

Derart gehoben bis zu drei Trillionen Euro an Erstverlustrisiko einzugehen, wäre zwar die von den Zuschauern Obama, Cameron und Hu Jintao sowie der gesamten Finanzbranche geforderte „Bazooka“, um die Kapitalmärkte in Schach zu halten. Für den deutschen und erst recht den französischen Staat würde es aber ein unverantwortliches Roulette bedeuten. Letztlich würde man so Euro-Bonds durch die Hintertür schaffen und damit den Kapitalmarkt in der Euro-Zone abschaffen.

Besser wäre es, die unteren Risiken abzuschirmen – man spricht hier auch von „katastrophaler Verlusthaftung“. Das könnte etwa so aussehen: Der Rettungs-

schirm sichert die Investoren vor Verlusten, die daraus entstehen, dass die Anleihekurse unter 50 Prozent sinken. Den darüberliegenden „Erstverlust“ sollen die Banken selbst verkraften und abschreiben. Bei dieser Variante werden die Risiken für den Staat begrenzt. Gleichzeitig bleibt den Banken aber ein Lehman- oder Argentinien-Verlustszenario erspart: In diesen Fällen müssten die Investoren Kursverluste bis zu 80 Prozent oder noch mehr verdauen.

Dieser Weg ist der einzig vertretbare, wenn es um Spanien oder Italien geht. Weil diese Staaten noch längst nicht „verloren“ sind, wäre ein Kauf der Anleihen für Investoren zu niedrigen Kursen wieder attraktiv, wenn sie vor einem Totalverlust geschützt werden. Und ohne die Ankerbelugung der privaten Investorennachfrage kann dieser Markt nicht stabilisiert werden. So werden gleichzeitig die Regierungen der angeschlagenen Staaten unter Druck gehalten, ihre Finanzen in Ordnung zu halten. Entscheidend wäre hierbei, dass die Finanzaufsicht mit dieser Sicherung im Rücken Pensionsfonds und Versicherungen wieder freie Hand lassen, bei fallenden Bondpreisen zuzugreifen, anstatt durch Verbote oder Interventionen den Preisverfall zu verschärfen.

Zusätzlich könnten öffentliche Investoren, etwa der Rettungsschirm oder der Internationale Währungsfonds (IWF), im Krisenfall weiter selektiv zukaufen, um den Markt zu stützen. Allerdings sollten diese Käufe nicht bei zu hohen Kursen erfolgen und damit auserwählten Investoren den Ausstieg zu Luxusbedingungen ermöglichen – diesen Fehler hat die Europäische Zentralbank bei Griechenland-Bonds gemacht. Das Ziel des Staates muss es bleiben, die privaten Investoren in ausreichendem Maße in ein Haftungssystem einzubinden.

Besser wäre es, die unteren Risiken abzuschirmen – man spricht hier auch von „katastrophaler Verlusthaftung“. Das könnte etwa so aussehen: Der Rettungs-

Der Autor ist Geschäftsführer von Finpolconsult. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Hans-Joachim Dübel



Der Vorschlag der Allianz ist das falsche Konzept.

Heute am Kiosk:

Wirtschafts Woche 42
1710.20.11 Deutschland 64,50
4 1980659804306

Für wen lohnt sich Riester noch?

Wie sicher ist Ihre Bank?

Jetzt Probe lesen unter: www.wiwo.de/montag
Abo-Hotline: 018 05 - 99 00 20
14 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, ggf. abw. Preis aus Mobilfunknetzen

Lesen Sie außerdem:

- Der Preis des Lebens: Ökonomen fordern Anreize für Organspenden
- Das 12-Punkte-Programm: Die große Checkliste für Jobwechsler